



2020/165

08.10.2020

Beschlussvorlage

- öffentlich -

Einrichtung eines neuen Bildungsangebots "Fachoberschule Wirtschaft und Verwaltung - Schwerpunkt Verwaltung und Rechtspflege an den Berufsbildenden Schulen Nienburg/Weser

Beschlussvorschlag

Die Fachoberschule Wirtschaft und Verwaltung – Schwerpunkt Verwaltung und Rechtspflege wird zum 01.08.2021 an den Berufsbildenden Schulen des Landkreises Nienburg/Weser errichtet.

Beratungsfolge

Gremium:

- Ausschuss für die berufsbildenden Schulen
- Kreisausschuss
- Kreistag

Datum:

10.11.2020
30.11.2020
11.12.2020

Sachverhalt

Die Polizeiakademie ist an die Berufsbildenden Schulen des Landkreises Nienburg/Weser mit der Bitte herangetreten, dort eine Fachoberschule Wirtschaft und Verwaltung mit dem Schwerpunkt Verwaltung und Rechtspflege einzurichten (**Anlage 1**).

Hintergrund ist der Wunsch, auch für Bewerberinnen und Bewerber ohne Hochschulzugangsberechtigung, also Realschülerinnen und Realschülern, über eine zweijährige Fachoberschule einen Einstieg in den Polizeiberuf in Niedersachsen anbieten zu können. Die Verantwortlichen weisen darauf hin, dass ein zusätzlicher Standort in Nienburg eine aktuell bestehende Lücke füllen könnte.

Die Nachfrage nach Praktikumsplätzen im Rahmen des Besuchs einer FOS sowohl im Landkreis Nienburg/Weser als auch von Bewerber/innen aus den angrenzenden Landkreisen Verden und Diepholz um ein Praktikum bei der Polizeiakademie ließen die Prognose einer ausreichenden Zahl von Schülerinnen und Schülern zu.

Außerdem sei davon auszugehen, dass mit einem Schulstandort Nienburg ein Interesse an der Fachoberschulqualifizierung als Einstieg in den Polizeivollzugsdienst des Landes geweckt und Bewerbungszahlen aus dem Einzugsgebiet damit gesteigert werden könnten.

Darüber hinaus begrüßt auch die personalverwaltende Stelle des Landkreises Nienburg/Weser die Errichtung einer Fachoberschule mit dem Schwerpunkt Verwaltung und Rechtspflege, um die inzwischen nicht mehr ausreichende Zahl an Bewerberinnen und Bewerbern für das hier angebotene duale Studium mit dem Abschluss Bachelor of Arts, Allgemeine Verwaltung oder Verwaltungsbetriebswirtschaft (Anwärter/in für das 1. Einstiegsamt der Laufbahngruppe 2) zu erhöhen. Auch hier wurde festgestellt, dass Bewerber/innen für das erforderliche Jahrespraktikum in der 11. Klasse oft aus dem Raum Verden und Diepholz kommen.

Da in den letzten Jahren nicht alle Ausbildungsstellen für das o. g. duale Studium mangels geeigneter Bewerber/innen besetzt werden konnten, kann davon ausgegangen werden, dass auch andere ausbildende Behörden (z. B. Finanzamt, Amtsgericht) Interesse an einer Steigerung der Bewerbungszahlen haben.

Die BBS Nienburg ist bereit, einen solchen Ausbildungsgang anzubieten und hat daher die Errichtung beantragt. Das vielfältige Angebot an Studiengängen im Bereich Wirtschaft und Verwaltung eröffnet den Schülerinnen und Schülern eine Perspektive zu einer höheren Qualifikation, für deren Erwerb die Fachhochschulreife Voraussetzung ist. Auch wird die Fachhochschulreife von vielen Ausbildungsbetrieben als Voraussetzung für einen anspruchsvollen Ausbildungsberuf im kaufmännisch-verwaltenden Bereich gefordert. Sie prognostiziert daher eine Schülerzahl von 27.

Die Fachoberschule Wirtschaft und Verwaltung mit dem Schwerpunkt Verwaltung und Rechtspflege würde andere Bildungsgänge, wie z. B. die Ausbildung zur/zum Verwaltungsfachangestellten sinnvoll ergänzen. Für den Schulträger entstehen durch

die Einführung kaum zusätzliche Kosten. Es sind lediglich Ergänzungs- und Ersatzbeschaffungen aus dem anzupassenden Budget der Schule erforderlich.

Nach § 106 Nds. Schulgesetz (NSchG) setzt sich der Schulträger von schulorganisatorischen Entscheidungen mit anderen betroffenen Schulträgern ins Benehmen, wenn berufsbildende Schulen einen schulträgerübergreifenden Einzugsbereich haben.

In diesem Fall wurde die Region Hannover beteiligt. Dort erfolgt die Beschulung der entsprechenden Schülerinnen und Schüler an der Hannah-Arendt-Schule in Hannover. Es wurden gegen die Errichtung des beschriebenen Bildungsganges an den Berufsbildenden Schulen Bedenken erhoben, insbesondere vor dem Hintergrund, dass in der Klasse 11 ein erheblicher, überregionaler Praktikumsanteil abgedeckt werden muss und zu befürchten ist, dass ein konkurrierendes Angebot in Nienburg den bisherigen Beschulungsumfang in Hannover erheblich einschränken und zu einer Reduzierung in Hannover führen wird.

Im Schuljahr 2019/20 wurden an der Hannah-Arendt-Schule lediglich drei Schüler/innen aus dem Landkreis Nienburg/Weser beschult, im Schuljahr zuvor waren es vier.

Aufgrund dieser niedrigen Zahlen kann das Argument einer erheblichen Einschränkung des Angebotes in Hannover von hier nicht nachvollzogen werden.

Außerdem ist davon auszugehen, dass sich mit der Errichtung dieses Bildungsangebotes zusätzliche Schüler/innen aus dem Landkreis Nienburg für diese dann wohnortnahe Schulform entscheiden werden, die ein Angebot in Hannover nicht wahrgenommen hätten. Die in der 11. Jahrgangsstufe notwendigen Praktikumsplätze können durch die Polizeiakademie und die Behörden vor Ort angeboten werden.

Um das Angebot bereits zum Schuljahr 2021/2022 implementieren zu können, benötigt die Schule eine gewisse Vorlaufzeit. Vorbehaltlich des Beschlusses des Kreistages ist daher bereits die Genehmigung bei der Landesschulbehörde beantragt worden.

Anlagen:

- Anfrage der Polizeiakademie Niedersachsen